



Lebensbedingungen von Familien im Landkreis Gotha

*Zusammenfassung der Ergebnisse
der Personenbefragung 2019*

Juliane Feix und Christoph Weber

Oktober 2020

Im November/Dezember 2019 wurden mittels einer Personenbefragung von 12.440 im Landkreis Gotha lebenden Personen die Meinungen, Weiterentwicklungsideen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger erhoben. Der Dank geht hierbei an die 2.584 Personen, die an dieser Studie teilnahmen.

Ziel der Untersuchung war es, die Bedarfe der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis in Hinblick auf die folgenden Themenfelder abzubilden und als Grundlage für die Weiterentwicklung von Angeboten zu nutzen.

- Wohnumfeld und Lebensqualität
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Mobilität
- Beratung, Unterstützung und Information
- Ehrenamt

Eine aus allen im Landkreis gemeldeten Personen ab 18 Jahren gezogene Zufallsstichprobe wurde zur Beantwortung von Fragen zu den Handlungsfeldern des Thüringer Landesprogrammes „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ eingeladen.

Stichprobe und Repräsentativität

Unter allen volljährigen Bewohnern/innen des Landkreises Gotha wurden mittels einer Zufallsstichprobe 13.500 ausgewählt und angeschrieben. Durch Herausforderungen bei der Ziehung der Personen sowie der Unzustellbarkeit einiger Briefe beläuft sich die tatsächliche Stichprobengröße auf 12.440. Mit der Beteiligung von 2.584 Personen entspricht der Rücklauf 20,8 %, welcher eine in den Sozialwissenschaften übliche Beteiligungsrate deutlich übersteigt¹. Bei Betrachtung der Beteiligung innerhalb der Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften wird deutlich, dass die Zusammensetzung der Stichprobe in etwa den Anteilen der volljährigen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung des Landkreises entspricht. Die Stadt Gotha, sowie die Stadt Waltershausen und die Verwaltungsgemeinschaft Bad Tabarz sind dagegen leicht gehäuft vertreten, alle anderen Orte sind mit einer Abweichung von unter 3 % in einem gut repräsentierten Rahmen vorhanden. Insgesamt spiegelt die Verteilung der Befragten nach Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften jedoch die Grundgesamtheit des Landkreises wider und ist somit repräsentativ².

Personenbefragung	Anzahl der Personen
Einwohner/innen ab 18 Jahren im Landkreis Gotha	113.686 (Stand: 31.12.18)
anberaumte Stichprobengröße	13.500
tatsächliche Stichprobengröße	12.440
Rücklauf	2.584

Tabelle 1: Stichprobe und Rücklauf

¹ Döring/Bortz (2016): Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial und Humanwissenschaften, 5. Aufl., S. 414.

² Ein Repräsentationsschluss kann nur gezogen werden, wenn der Auswahlmechanismus auf einer Zufallsauswahl, wie hier vorliegend, basiert. Der Abgleich der Häufigkeitsverteilung in der Befragung mit der Grundgesamtheit dienen zusätzlich als Repräsentanznachweise zur Kontrolle des Ziehungsprozesses. (Schnell/Hill/Esler(2008): Methoden der empirischen Sozialforschung, S. 304)

Wohnumfeld und Lebensqualität

Ein großer Teil des Fragebogens beinhaltete Fragen zum Wohnumfeld und zu den Lebensbedingungen der Teilnehmenden. Mehr als 80 % der Befragten leben gern im Landkreis Gotha und ebenfalls ein so großer Teil der Befragten ist insgesamt mit der eigenen Wohnsituation zufrieden. Dies gilt für eher städtisch und eher ländlich Lebende gleichermaßen. Es sind Senioren- und Einpersonenhaushalte sowie Befragte, die gut mit ihrem Einkommen zurechtkommen, welche häufiger gern im Landkreis Gotha leben, als ihre Vergleichsgruppe/n. Die Zufriedenheit mit der Wohnsituation ist bei Befragten, die in Eigentum leben, höher als bei Befragten ohne Wohneigentum.

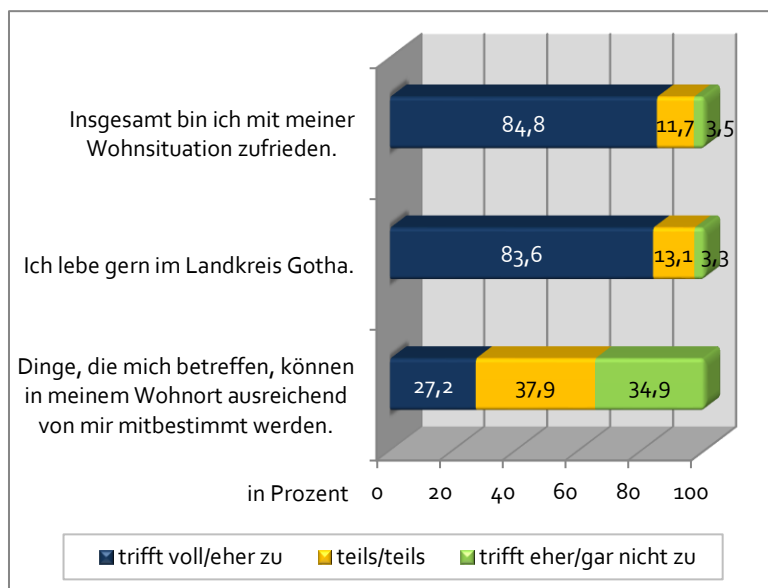


Abbildung 1: Zufriedenheit und Mitbestimmung (n=551-2133)

Bei der Frage nach der Mitbestimmung bei Dingen, die einen selbst betreffen, stimmen nur gut ein Viertel der befragten Personen voll oder eher zu, dies in ihrem Wohnort ausreichend tun zu können. Hier sind es eher städtisch lebende Befragte, Einpersonenhaushalte und Haushalte ohne Minderjährige, die eine höhere Mitbestimmungsmöglichkeit empfinden.

Anhand weiterer erfragter Aspekte (siehe Abbildung 2) zur eigenen Wohnsituation zeigt sich,

dass die Befragten im Landkreis Gotha recht zufrieden mit ihrem Wohnumfeld sind. Ein Großteil der Befragten empfindet die eigene Wohngegend als sicher, gibt an, einen guten Kontakt zur Nachbarschaft zu haben und erreicht Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf gut. Hier wünscht sich nur ein kleinerer Teil der Befragten mehr mobile Einkaufsmöglichkeiten. Kritischer sehen die Befragten die Situation von ausreichend Tagespflegeplätzen für pflegebedürftige Personen sowie ausreichend Fachärzten im Landkreis. Letzteres empfinden weniger als 20 % als ausreichend für den Landkreis.

Große Unterschiede in der Bewertung der Wohnsituation und des Wohnumfeldes zeigen sich in Bezug auf die Wohngegend. Es sind deutlich mehr städtisch lebende Befragte, die angeben, Einkaufsmöglichkeiten und Banken gut erreichen zu können sowie ausreichend Tagespflegeplätze in der Nähe vorzufinden. Eher ländlich Lebende sehen hier größere Schwierigkeiten, entsprechende Einrichtungen zu erreichen bzw. genügend Tagespflegeplätze im ländlichen Raum zur Verfügung zu haben. Es zeigt sich auch, dass Alleinerziehende in verschiedenen Punkten seltener zustimmen³. So sind Alleinerziehende seltener mit ihrer Wohnsituation zufrieden und auch die Wohngegend wird von ihnen seltener als sicher eingeschätzt.

³ Es ist zu beachten, dass vergleichsweise wenige Befragte, die angeben alleinerziehend zu sein, erreicht wurden, sodass eine Allgemeingültigkeit über diese Personengruppe aufgrund der vorliegenden Daten nicht getroffen werden kann. Dennoch können diese Aussagen als Tendenz gewertet werden.

Auch wenn sie häufiger angeben, einen guten Kontakt zur Nachbarschaft zu haben, wünschen sich Alleinerziehende häufiger mehr Nachbarschaftshilfe als Nicht-Alleinerziehende.

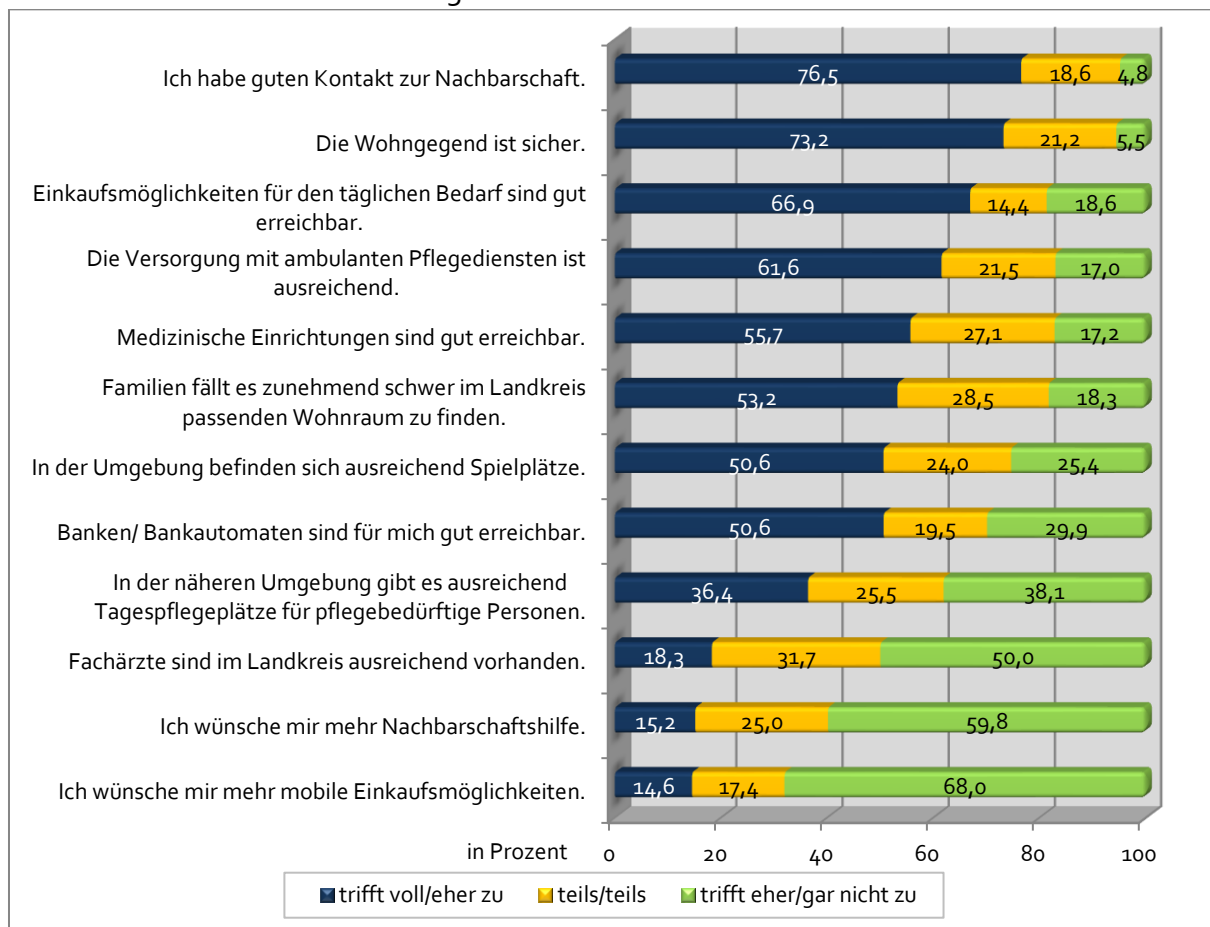


Abbildung 2: Wohnumfeld und Lebensqualität (n=1085-2553)

Die Gründe, die zum Bleiben im Landkreis Gotha einladen, sind für die Befragten unterschiedlich wichtig (siehe Abbildung 3). Die schöne Natur des Landkreises wird sehr häufig als Grund, angegeben. Neun von zehn Befragten stimmen hier zu. Fast genauso häufig spielen Freunde in der Region sowie die gute Infrastruktur eine Rolle. Ähnlich oft wird auch ein familienfreundliches Klima vor Ort genannt und die in der Region lebende eigene Familie. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten verweist auf gute Verdienstmöglichkeiten, ausreichend Betreuungsplätze für Kinder und ein ausreichendes Angebot für pflegebedürftige und pflegende Angehörige. Gründe, die seltener angegeben wurden, sind die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten, ein umfangreiches Freizeit- und Unterhaltungsangebot sowie ein ausreichendes Angebot an barrierefreiem Wohnraum.

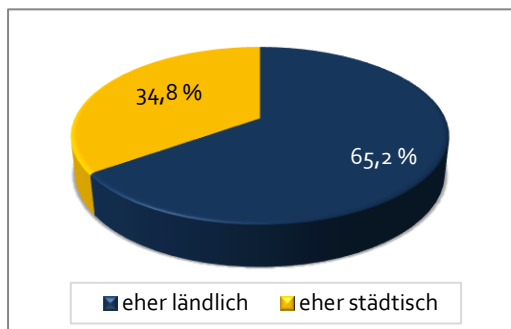
Arbeits- und berufsrelevante Gründe werden häufiger von Berufstätigen, im Landkreis arbeitenden Befragten und Haushalten mit minderjährigen Kindern präferiert. Aspekte zum Wohnraum sind vor allem für städtisch Lebende, Mieter/innen und Befragte ohne feste Partnerschaft wichtige Gründe, im Landkreis zu wohnen und nicht weg zu ziehen. Für Seniorenhaushalte sind insbesondere die Verkehrsinfrastruktur und die Angebote zur Pflege, aber

auch die individuelle Lebenswelt (Natur, Freunde, Familie) wichtiger als für Befragte, die nicht in einem Seniorenhaushalt⁴ leben.



Abbildung 3: Gründe für den Verbleib im Landkreis Gotha (n=1821-2324)

Fast zwei Drittel der Befragten im Landkreis Gotha gibt an, eher ländlich zu leben. Der Anteil derer, die in einem eigenen Haus oder einer Eigentumswohnung wohnen, ist im ländlichen



Raum erwartungsgemäß deutlich höher als im städtischen (82,5 % vs. 41,8 %). Zudem leben Mehrpersonenhaushalte mit und ohne Minderjährige viel häufiger ländlich als in der Stadt. Menschen, die in Seniorenhaushalten leben, sind ebenfalls im ländlichen Raum häufiger vertreten als in den städtischen Bereichen des Landkreises. Es zeigt sich auch, dass berufstätige Personen, die außerhalb des Landkreises arbeiten, häufiger ländlich leben.

Abbildung 4: Wohngegend (n=2439)

Betrachtet man das Äquivalenzeinkommen⁵ der Befragten im Landkreis, liegt dieses für über 45 % der befragten Personen bei 1.501-2.500 Euro. Knapp 30 % verfügen über ein geringeres Einkommen von 900-1.500 Euro

im Monat, jede/r zehnte Befragte über ein Einkommen von unter 900 Euro. Die Höhe des Äquivalenzeinkommens unterscheidet sich sehr nach den verschiedenen Lebensumständen der Befragten.

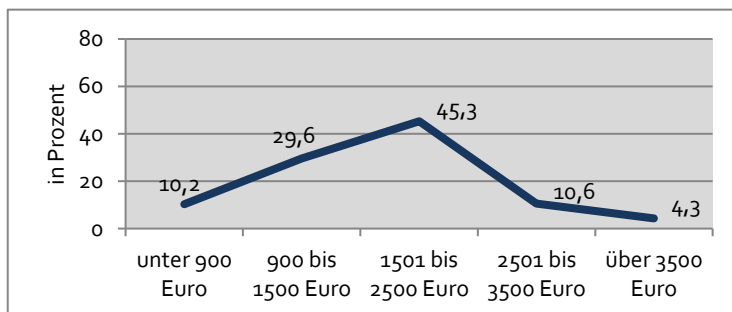


Abbildung 5: Nettoäquivalenzeinkommen (n=976)

⁴ Seniorenhaushalte sind Haushalte, in denen ausschließlich Personen leben, die Rente beziehen und /oder älter als 67 Jahre alt sind.

⁵ Das Äquivalenzeinkommen dient der Messung und dem Vergleich der Wohlstandsposition. Es ist als ein Pro-Kopf-Einkommen zu verstehen, welches auf der Annahme basiert, dass das Einkommen im Haushaltszusammenhang verbraucht wird. Durch gemeinsames Wirtschaften werden Einsparungseffekte erzielt (z. B. durch gemeinsam genutzten Wohnraum, beim Energieverbrauch pro Kopf und bei Haushaltsanschaffungen).

Wie zu vermuten, sind es unter anderem Alleinerziehende, die häufig über geringere Einkommen verfügen. Sie haben zum Großteil monatlich 900-1.500 Euro zur Verfügung, während Nicht-Alleinerziehende größtenteils über 1.501-2.500 Euro monatlich verfügen. Haushalte mit drei oder mehr Kindern haben häufig ein geringeres Einkommen, als Haushalte mit ein oder zwei Kindern. Sie verorten sich zwar wie die Haushalte mit ein oder zwei Kindern auch am häufigsten bei 1.501-2.500 Euro, jedoch häufiger bei einem geringeren Einkommen von 900-1.500 Euro als Haushalte mit weniger als drei Kindern. Weitere deutliche Unterschiede zeigen sich für Seniorenhaushalte und Akademikerhaushalte⁶. Es sind Seniorenhaushalte und Nicht-Akademikerhaushalte, die geringere Einkommen angeben als ihre Vergleichsgruppen. Wie zu vermuten, spielt das Bildungsniveau eine Rolle für das Einkommen. So steigt die Zugehörigkeit zu höheren Einkommensklassen mit höherem Bildungsniveau. Während Befragte mit geringem Bildungsniveau maximal 2.500 Euro monatlich zur Verfügung haben, gibt jede/r fünfte Befragte mit hohem Bildungsniveau an, über mehr als 2.500 Euro im Monat zu verfügen.

Anhand der Einkommensangaben können auch Aussagen über die Armutsgefährdung der Befragten getroffen werden. Die Armutsgefährdungsschwelle wird – dem EU-Standard entsprechend – bei 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen angenommen. Zur Ermittlung des Medians der Äquivalenzeinkommen wird zunächst jeder Person eine Äquivalenzklasse zugewiesen. Die Armutsgefährdungsschwelle liegt im Landkreis Gotha dementsprechend bei 1.050,00 €. Alle Personen, deren Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen unterhalb dieses Wertes für die haushaltsspezifische Armutsgefährdungsschwelle liegen, werden als „armutsgefährdet“ eingestuft. Alle Personen mit einem Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen oberhalb oder gleich dieser Armutsgefährdungsschwelle werden dagegen als „nicht armutsgefährdet“ eingestuft.

Anhand der Daten für den Landkreis Gotha liegt die Armutsgefährdungsschwelle mit 1.050 Euro höher als die Schwelle für das Land Thüringen (936 Euro) und ebenfalls höher als die Schwelle im Bundesdurchschnitt (1035 Euro). Den Thüringer Median angenommen, leben 11,2 % der befragten Haushalte unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. Nimmt man den Schwellenwert des Bundes, sind etwas mehr Haushalte armutsgefährdet (12,1 %). Die Quote für den Landkreis Gotha liegt damit etwas unterhalb der Armutsgefährdungsquote in Deutschland.⁷

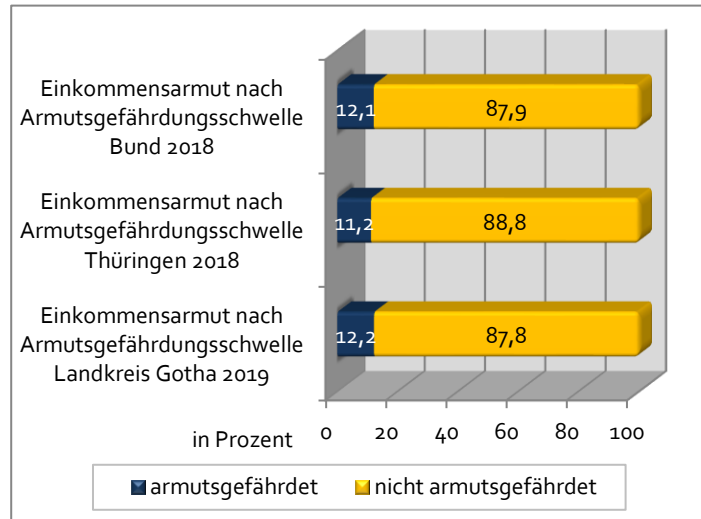


Abbildung 6: Armutsgefährdungsschwelle (n=976)

Unterschiede in der Armutsgefährdung zeigen sich auch hier für Alleinerziehende, die mit geringerem Einkommen deutlich häufiger armutsgefährdet sind als Nicht-Alleinerziehende

⁶ Akademikerhaushalte bezeichnen Haushalte, in denen die volljährigen Personen alle einen Hochschulabschluss besitzen, die Angaben wurden für die befragten und ggf. dem/der Partner/in erhoben.

⁷ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72188/umfrage/entwicklung-der-armutsgefaehrungsquote-in-deutschland/>

(26,7 % vs. 6,9 %). Ebenso sind Befragte ohne feste Partnerschaft und Befragte aus Haushalten mit mindestens einer hilfebedürftigen Person häufiger von Armut gefährdet als ihre Vergleichsgruppen. Genauso wie Haushalte mit drei oder mehr Kindern häufiger armutsgefährdet sind als Haushalte mit weniger als drei Kindern. Auch hier zeigt sich der Unterschied in Abhängigkeit des Bildungsniveaus: je höher das Bildungsniveau desto seltener sind die Befragten armutsgefährdet.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

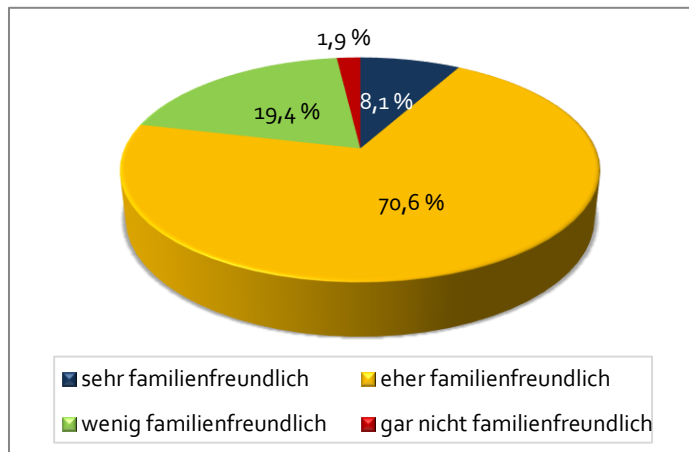


Abbildung 7: Familienfreundlichkeit (n=2219)

Neben dem Wohnumfeld wurde ein weiterer Schwerpunkt auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelegt. Hier sind sowohl Angaben zu den Befragten selbst, als auch über den Arbeitgeber von Interesse.

Drei Viertel der Befragten bewerteten den Landkreis Gotha als eher bis sehr familienfreundlich. Deutlich fällt hier auf, dass Befragte, die mit ihrem Einkommen relativ bis sehr schlecht zu-rechtkommen, den Landkreis seltener

für familienfreundlich halten (61,6 %). Ebenso – wenn auch in geringerem Maße – gilt dies für Alleinerziehende, Mehrpersonenhaushalte mit Minderjährigen sowie mit mehr als einem Kind, berufstätigen und armutsgefährdeten Befragten. Dagegen wird der Landkreis von Befragten mit hohem Bildungsniveau und mit steigendem Nettoäquivalenzeinkommen häufiger für familienfreundlich befunden.

In einer offenen Frage konnten die Befragten Vorschläge und Anregungen zur Verbesserung der Familienfreundlichkeit festhalten. Insgesamt haben mehr als 650 Befragte Angaben zu unterschiedlichen Themenfeldern gemacht. Am häufigsten finden sich Nennungen zum Thema Infrastruktur. Hier sprechen die Befragten besonders Spielplätze und wetterunabhängige Spielangebote, den öffentlichen Nahverkehr und Fahrradwege an. Das Themenfeld der Freizeitangebote wird ebenfalls häufig genannt: besonders altersgerechte Angebote für Kinder/Jugendliche, kostenfreie/kostengünstigere Angebote sowie fehlende Sport- und Freizeitangebote. Des Weiteren gibt es einige Nennungen zum Thema Kindertagesstätten und Schulen. Hier werden vor allem Kitaplätze und Gebühren, sowie Hortzeiten und Personalsituation/Betreuungsschlüssel angesprochen.

Auf die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, geben 45 % der Befragten an, es gelinge ihnen bereits, Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Dafür wünschen sich 55 % der Befragten, die damit verbunden Herausforderungen mindestens teilweise besser meistern zu können. Für 26 % gilt der Wunsch ausdrücklich.

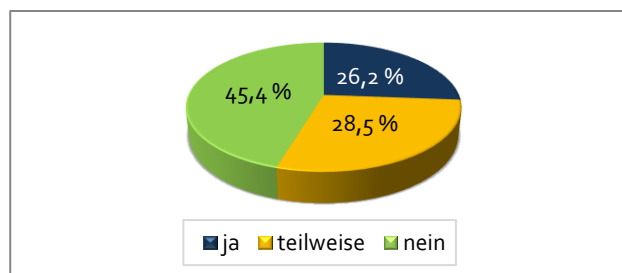


Abbildung 8: Wunsch, die Herausforderungen zwischen Familie und Beruf besser meistern zu können. (n = 1325)

Sobald Minderjährige im Haushalte leben, ist der Wunsch, Familie und Beruf besser vereinbaren zu können, deutlich häufiger mindestens teilweise vorhanden (68,9 %). Er wird zudem mit steigender Kinderzahl häufiger mindestens in Teilen bejaht. Häufiger bejahen ebenso Befragte diesen Wunsch, in deren Haushalt mindestens eine hilfebedürftige Person lebt. Zudem fällt auf, dass Befragte, die ihre ökonomische Situation als relativ bis sehr schlecht einschätzen, sich deutlich häufiger wünschen, die Herausforderungen von Familie und Beruf besser meistern zu können.

Stimmten die Befragten voll oder teilweise zu, sich eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu wünschen, konnten sie hierfür Gründe für den Wunsch angeben. Für 70 % der Befragten begründet sich die schlechte Vereinbarkeit durch die Arbeitszeiten und für 59 % wegen ihrer Erschöpfung nach dem Arbeitstag. Lange Wegezeiten und viele Überstunden sind weitere Gründe, die von mindestens 40 % der Befragten genannt wurden.

Deutlich häufiger begründen Alleinerziehende die schlechte Vereinbarkeit durch die alleinige Bewältigung des Familienalltags, ihre besondere familiäre Situation, die Erschöpfung nach einem Arbeitstag und den Pflichten im Haushalt als Nicht-Alleinerziehende. Für über die Hälfte der Einpersonenhaushalte ist die alleinige Bewältigung des Alltags Hindernis für

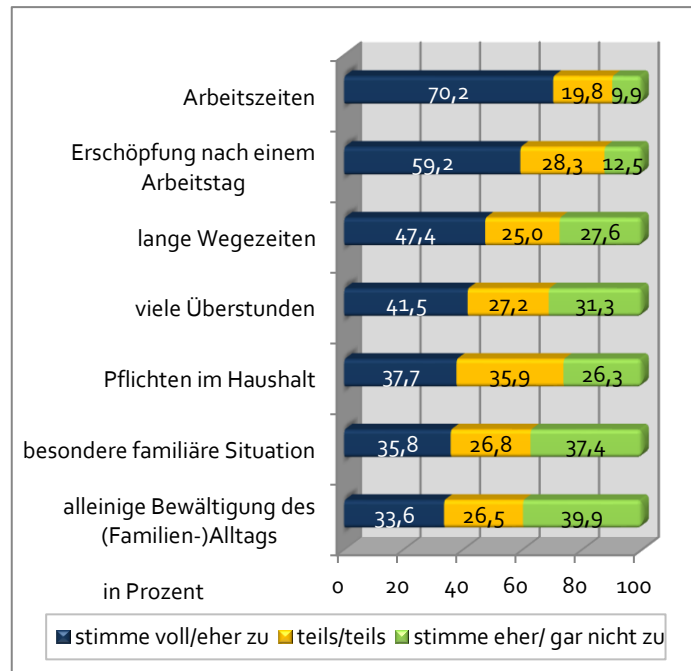


Abbildung 9: Gründe, warum sich Familie und Beruf kaum vereinbaren lassen (n = 411 – 655)

eine gelingende Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Für Mehrpersonenhaushalte mit und ohne Minderjährige beeinträchtigen lange Wegezeiten häufiger die Vereinbarkeit als für Einpersonenhaushalte. Bei Befragten aus Haushalten mit mindestens einer pflegebedürftigen Person sind es die Erschöpfung, Haushaltspflichten und die familiäre Situation, welche im Vergleich zu Haushalten ohne pflegebedürftige Person häufiger genannt werden. Sind Befragte armutsgefährdet, spielen die Arbeitszeiten häufiger eine Rolle für eine schwierige Vereinbarkeit und sie geben fast alle Gründe (Erschöpfung, lange Wegezeiten, Pflichten im Haushalt, familiäre Situation, alleine Bewältigung des Alltags) deutlich häufiger an als Befragte, die nicht armutsgefährdet sind.

In einem weiteren Fragenkomplex gaben die Befragten Rückmeldung zu unterschiedlichen Aspekten der Familienfreundlichkeit ihres Arbeitgebers (siehe Abbildung 10). Die Hälfte der Befragten gibt ab, der Arbeitgeber nehme Rücksicht auf die Vereinbarkeit von Familie/Pflege und Beruf. Für immerhin fast jede/n Fünfte/n trifft dies eher oder gar nicht zu. Fast 60 % der Arbeitgeber berücksichtigen zwar die familiäre Situation der Mitarbeitenden bei der Urlaubsplanung, eine flexible Arbeitszeitgestaltung können jedoch weniger als die Hälfte der Befragten nutzen. Ausbaufähig sind insbesondere, dass Arbeitgeber Besprechungen und Terminen

familienfreundlich ansetzen. Auch fällt die Information zum Thema Pflege und Beruf durch den Arbeitgeber bislang eher gering aus.

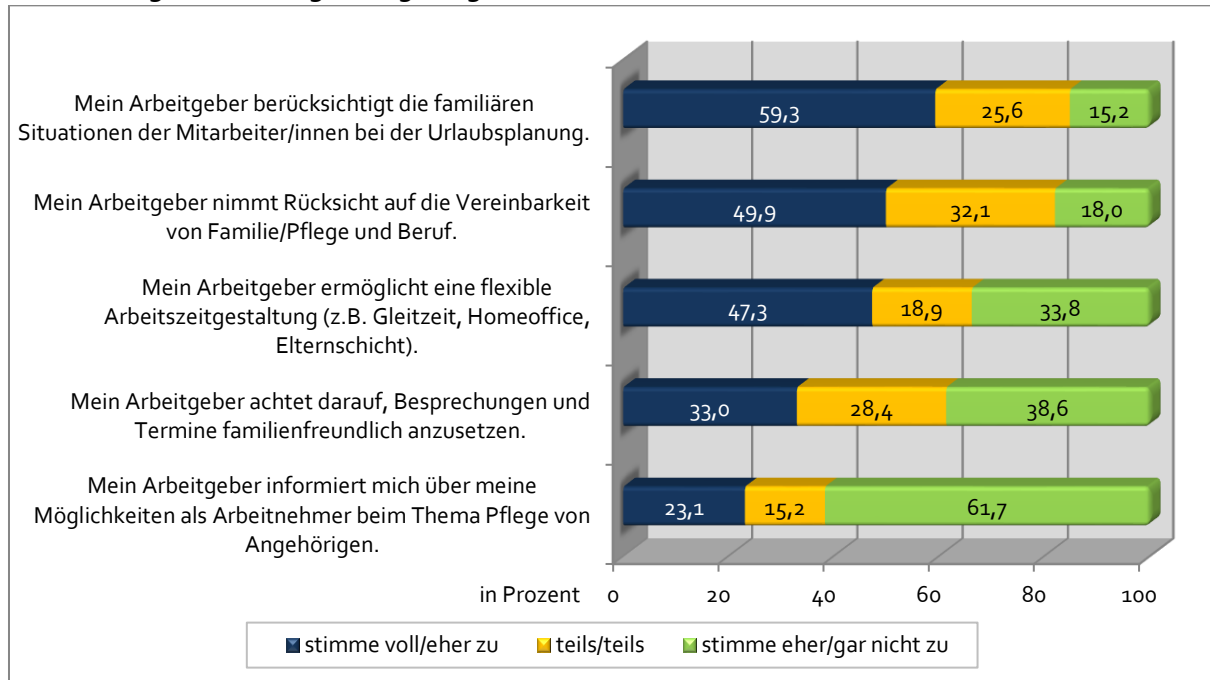


Abbildung 10: Familienfreundlichkeit des Arbeitgebers (n=809-1201)

Auffallend ist, dass Alleinerziehende ihren Arbeitgeber bezüglich der Rücksicht auf die familiäre Situation, der Urlaubsplanung und flexibler Arbeitszeitgestaltung häufiger positiv bewerten, als Nicht-Alleinerziehende. Ebenso sind es Haushalte mit und ohne Minderjährige so wie Haushalte mit mindestens einer pflegebedürftigen Person, deren Befragte seltener zustimmen, der Arbeitgeber nehme Rücksicht auf die Vereinbarkeit, ermögliche flexible Arbeitszeitgestaltung und berücksichtige die familiäre Situation bei der Urlaubsplanung. Auch sind es Befragte, die nicht im Landkreis arbeiten, welche die Aspekte der Familienfreundlichkeit des Arbeitgebers kritischer bewerten, als im Landkreis arbeitende Befragte.

Mobilität

Weitere Aussagen widmeten sich dem Thema Mobilität, wobei einerseits der öffentliche Nahverkehr und andererseits Schul- und Radwege thematisiert wurden (siehe Abbildung 12). Geht es um den Nahverkehr, wünschen sich acht von zehn Befragten Sondertarife im öffentlichen Nahverkehr (Familienticket, Wochenendtarife). Mehr als die Hälfte würde den öffentlichen Nahverkehr bei häufigeren Fahrzeiten öfter nutzen. Jeweils knapp die Hälfte der Befragten befindet die Anbindung des eigenen Wohnorts mit dem öffentlichen Nahverkehr für gut. Die Schulwege für sicher empfinden ebenfalls die Hälfte der Befragten und weniger als ein Viertel schätzt die Schulwege zu lang für die Schüler/innen ein. Kritischer sehen die Befragten die Barrierefreiheit des öffentlichen Nahverkehrs sowie den Aspekt, dass es ausreichend Radwege im Landkreis gibt. Hier stimmen jeweils weniger als 20 % der Befragten zu, dass dies für den Landkreis zutrifft.

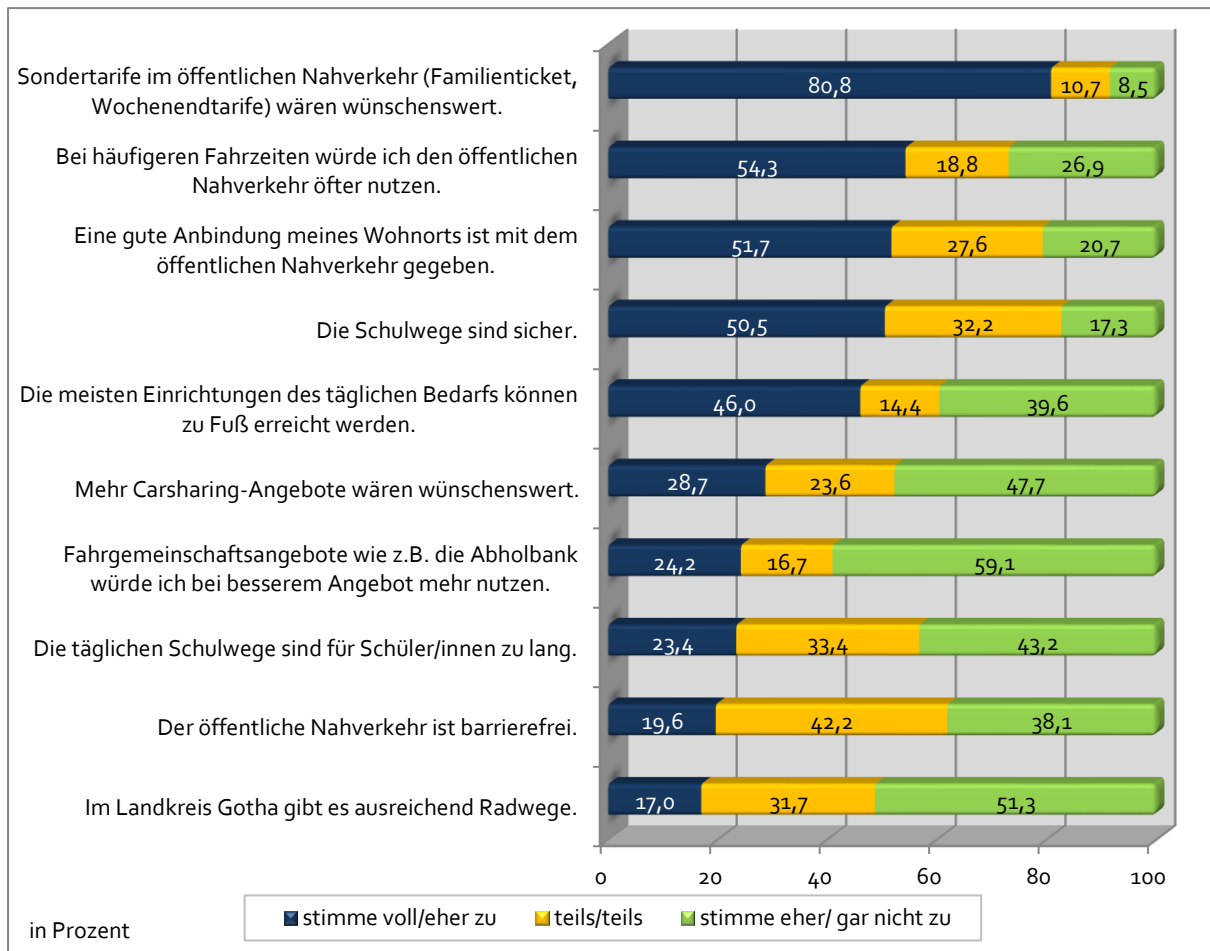


Abbildung 11: Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen, die das Thema Mobilität betreffen? (n=1136-2451)

Befragte, die eher städtisch leben, geben deutlich häufiger an, dass ihr Wohnort mit dem öffentlichen Nahverkehr gut angebinden ist und dass die meisten Einrichtungen des täglichen Bedarfs zu Fuß erreichbar sind. Dagegen stimmen eher ländlich lebende Befragte nur zu circa 40 % bzw. 31 % diesen Aussagen voll/eher zu.

Des Weiteren wurden die Befragten gebeten anzugeben, ob ihr Arbeitsort inner- oder außerhalb des Landkreises liegt. Etwas mehr als ein Drittel der Befragten pendeln über die Landkreisgrenze hinweg zu ihrer Arbeit und dementsprechend befindet sich der Arbeitsort von knapp zwei Dritteln der Befragten im Landkreis. Insbesondere fällt auf, dass mit steigendem Bildungsniveau der Befragten die Anzahl derer, die innerhalb des Landkreises Gotha arbeiten, sinkt. Sind es bei Befragten mit geringem Bildungsniveau über 70 %, so sinkt der Anteil bei Befragten mit hohem Bildungsniveau auf knapp 56 %. Zudem zeigen sich deutliche Unterschiede nach den Regionen, in denen die Befragten wohnen⁸. So liegt der Anteil von außerhalb des Landkreises arbeitenden Befragten in den Regionen Nord und Ost deutlich höher als in der Stadt Gotha oder in den Regionen Süd und West. Mit fast 60 % arbeiten Befragte aus der Region Ost am häufigsten außerhalb des Landkreises.

⁸ Kategorisierung der Regionen: Nord = Gemeinde Nesselal, VG Fahner Höhe, VG Nesseaue / Süd = Stadt Ohrdruf, Stadt Tambach-Dietharz, Gemeinde Georgenthal / Ost = Gemeinde Drei Gleichen, Gemeinde Nesse-Apfelstädt / West = Stadt Friedrichsroda, Stadt Waltershausen, Gemeinde Bad Tabarz, Gemeinde Hörsel.

Von den 457 Nennungen der Arbeitsorte außerhalb des Landkreises liegt der Großteil der Arbeitsorte der Befragten innerhalb Thüringens (87 %). Hierbei wird mit Abstand die Stadt Erfurt am häufigsten genannt, gefolgt vom Ilm-Kreis, der Stadt Eisenach und dem Wartburgkreis. Ein kleiner Teil von 6 % arbeitet in anderen Bundesländern, wobei das angrenzende Hessen darunter am häufigsten angegeben wird.

Beratung, Unterstützung und Information

In einem weiteren Abschnitt der Befragung war von Interesse, welche Beratungs- und Unterstützungsangebote den Befragten bekannt sind, welche davon sie bisher genutzt haben und wie sie sich über Angebote im Landkreis Gotha informieren.

Für den Großteil der erfragten Beratungs- und Unterstützungsangebote gilt, dass sie circa der Hälfte der Befragten bekannt sind. Rund 59 % der Befragten kennen die Schwangerenberatung sowie die Tafel und 55 % Beratungen über Telefon und Internet, die drei bekanntesten Angebote des Landkreises Gotha. Circa der Hälfte der Befragten sind aber auch die Pflegeberatung, Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatung, Suchtberatung, Schuldnerberatung, Selbsthilfegruppen, der Kinder- und Jugendschutzdienst sowie Beratung für Menschen mit Behinderungen bekannt. Seniorenberatung, Migrationsberatung/ Jugendmigrationsdienst und Ehrenamtliche Begleitung von Senioren kennen weniger als 40 % der Befragten.

In diesem Zusammenhang wurden die Befragten auch gebeten, anzugeben, wie oder durch wen sie sich hauptsächlich über Beratungs- und Unterstützungsangebote informieren. Am häufigsten wird von fast zwei Drittel der Befragten die (Tages-)Zeitung und das Amtsblatt genutzt. Knapp die Hälfte informiert sich über Internet/Smartphone (Handy) und 42,3 % der Befragten geben an, sich über Familie/Freunde zu informieren.

Die Angebote werden deutlich seltener genutzt, als sie bekannt sind. Von jedem/r siebten Befragten wurde die Pflegeberatung schon in Anspruch genommen und 12,7 % nutzten bereits die Schwangerenberatung. Beratung für Menschen mit Behinderungen wurden von jedem/r zehnten Befragten und Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatung von jedem/r Zwölften genutzt. Alle weiteren gefragten Angebote nahmen jeweils weniger als 4 % der Befragten in Anspruch.

Städtisch und ländlich lebende Befragte unterscheiden sich nicht wesentlich in ihrem Nutzungsverhalten. Alleinerziehende hingegen nutzen Angebote der Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatung häufiger als nicht alleinerziehende Befragte. Dies gilt ebenso für die Schwangerschaftsberatung. Die Pflegeberatung und die Beratung für Menschen mit Behinderung werden von Befragten aus Seniorenhaushalten häufiger genutzt als von Befragten, die nicht in einem Seniorenhaushalt leben. Armutsgefährdete Befragte nutzen verschiedene Angebote häufiger als befragte Personen, die nicht armutsgefährdet sind. Das trifft für die Beratung für Menschen mit Behinderung, die Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatung, die Schuldnerberatung und die Tafel zu.

Nutzten die Befragten bislang keine der Beratungs- und Unterstützungsangebote, wurden sie nach Gründen dafür gefragt. Mit 89,1 % wird am häufigsten „Es besteht kein Beratungs-

und Unterstützungsbedarf“ von den Befragten angegeben. Dass sie nicht wissen, welche Angebote es gibt, wird von 13,1 % der Befragten erwähnt und 7,4 % der Befragten nutzen Angebote nicht, da sie niemanden in den Einrichtungen kennen. Für rund 6 % der Befragten sind jeweils die Angebotszeiten, die ungünstige Lage der Einrichtungen und fehlende Zeit Gründe der Nichtnutzung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten.

Weiterhin konnten die Befragten angeben, welche Angebote im Landkreis Gotha fehlen. Hinsichtlich der Zielgruppe werden hier am häufigsten Angebote für Kinder und Jugendliche, Senioren und Rentner, Familien sowie Menschen mit Behinderungen genannt. Thematisch wünschen sich die Befragten Angebote zu verschiedenen Lebensumständen. Zum einen wünschen sich die Befragten häufiger Angebote bezüglich verschiedener Krankheiten, aber auch zu Betreuung und Pflege, finanzieller Entlastung, Gesundheitsdiensten und Entwicklungs- und Lernförderung. Vereinzelt genannt wurden die Themen Integration, Wohnen, Beruf, Rente und Sport.

Ehrenamt

30,5 % der Befragten engagieren sich derzeit ehrenamtlich. Hierbei insbesondere in den Bereichen Sport, Vereine und Verbände sowie Soziales. Weitere Nennungen sind Kirchen und Gemeinden, Freiwillige Feuerwehr sowie Kunst und Kultur. Mit steigendem Bildungsniveau erhöht sich auch der Anteil der ehrenamtlich Engagierten. Höher als bei den Vergleichsgruppen ist das ehrenamtliche Engagement auch bei eher ländlich lebenden und berufstätigen Befragten. Dagegen lassen sich keine wesentlichen Unterschiede im derzeitigen Engagement von alleinerziehenden zu nicht alleinerziehenden Befragten sowie armutsgefährdeten Befragten gegenüber jenen, die nicht armutsgefährdet sind, feststellen.

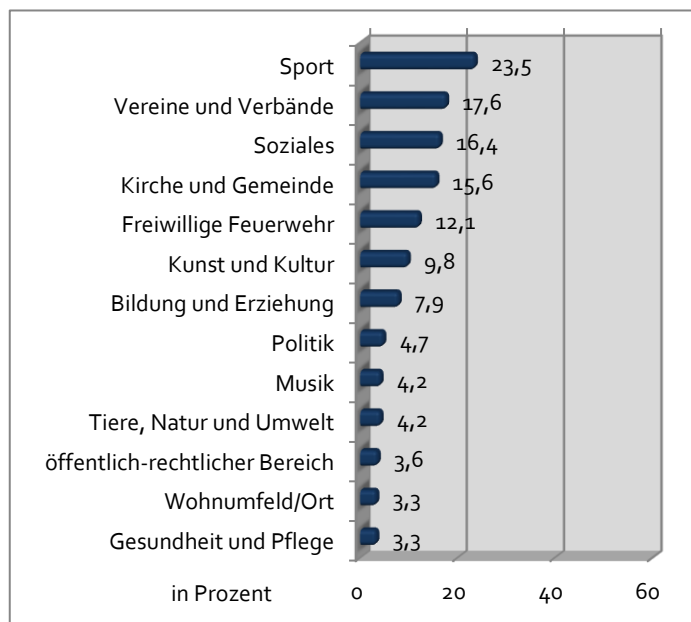


Abbildung 12: Bereiche des ehrenamtlichen Engagements (n=697)

Ob sie sich vorstellen können in Zukunft ein Ehrenamt aufzunehmen, bestätigen 22,2 % der Befragten. Hierbei möchten die Befragten sich in Zukunft vor allem in den Bereichen Kinder und Jugendliche, Soziales, Sport sowie Senioren engagieren. Wiederum ist mit steigendem Bildungsniveau die Bereitschaft sich ehrenamtlich zu engagieren höher. Zudem würden sich zukünftig gern alleinerziehende, berufstätige und armutsgefährdete Befragte häufiger als ihre Vergleichsgruppen in einem Ehrenamt engagieren.